



# Mediendienst

29. März 2023

IG BAU fordert Staat zur Reaktion auf Kurseinbrüche bei Immobilienkonzernen auf

## **Chance auf Börsenparkett nutzen: Bund muss jetzt bei Vonovia & Co. einsteigen**

**IG BAU-Chef Robert Feiger: „Wohnungen sind keine Spekulationsware“**

Kurseinbrüche zwingen Wohnungskonzerne in die Knie: „Die Luft bei deutschen Immobilienkonzernen ist raus – die Euphorie verfliegen: Wohnungen sind die falsche Handelsware für die Börse. Das begreift jetzt auch der Aktienmarkt“, sagt der Bundesvorsitzende der IG Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU-Chef Robert Feiger. Das Spekulieren mit dem Gemeingut Wohnen erweise sich gerade als „gescheiterter Versuch von Gewinnmaximierung“. Robert Feiger: „Das Spekulieren mit Wohnimmobilien ist ein höchst unsoziales Spiel: Wenn es an der Börse gut läuft, werden satte Renditen abgezogen. Und in turbulenten Phasen – wie jetzt in der Wohnungsbau- und Wohnungsmarktkrise – lassen Unternehmen wie Vonovia ihre Verantwortung fallen wie eine heiße Kartoffel: Sie fahren notwendige Sanierungen runter und setzen den Wohnungsneubau auf Null. Leidtragende sind dabei die Menschen, die bei Vonovia, LEG & Co. zur Miete wohnen. Und vor allem auch die, die jetzt eine bezahlbare Wohnung suchen.“

Für die Politik müsse dies eine Lehre sein: Auf Maximalgewinne konditionierte Immobilienkonzerne seien keine Partner für den Wohnungsmarkt: „Der Bund hat vor Jahrzehnten vor allem Wohnungen der Bahn, der Post und der Rentenversicherung verkauft, viele Städte ihre kommunalen Wohnungen. Diese Paketverkäufe öffentlicher Wohnungen rächen sich nun sträflich. Es muss spätestens jetzt allen klar sein: Wohnungen sind keine Spekulationsmasse. Und sie dürfen es auch nie mehr werden“, warnt IG BAU-Chef Robert Feiger. Bezahlbares und soziales Wohnen habe auf dem Börsenparkett keine Chance.

Allerdings sei die Chance des Staates, seine Fehler wettzumachen, jetzt so günstig wie nie zuvor: „Es wird höchste Zeit, dass der Bund bei Vonovia einsteigt. Auch die LEG und andere börsennotierte Gesellschaften kommen jetzt für eine Beteiligung des Bundes in Frage. Der Staat muss einen Anteil von 25 Prozent plus eine Aktie erwerben – also die geringste und damit günstigste Sperrminorität in der Hauptversammlung und einen entsprechend effektiven Einfluss in den Aufsichtsräten“, fordert IG BAU-Chef Feiger. Der Staat könnte so die langfristige Strategie bei Vonovia und anderen börsennotierten Immobilienunternehmen mitbestimmen – also auch den Neubau, die Modernisierungen und die Mietpreisentwicklung. „Außerdem wäre dies ein starkes Signal: Der Staat würde damit deutlich machen, dass er sich – nach vielen Privatisierungen – auf dem Wohnungsmarkt wieder einmischt“, so Robert Feiger.